

Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie
= Swiss journal of sociology

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Soziologie

Band: 19 (1993)

Heft: 2

Artikel: Gründe und Scheingründe für das Schweizer Abstimmungsverhalten

Autor: Buri, Christof / Schneider, Gerald

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-814833>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GRÜNDE UND SCHEINGRÜNDE FÜR DAS SCHWEIZER ABSTIMMUNGSVERHALTEN

Ein empirischer Theorienvergleich zum Partizipations- und
Oppositionsverhalten

Christof Buri und Gerald Schneider

Institut Universitaire des Hautes Etudes Internationales, Genf

1. Einleitung¹

Die Lage der Schweizer Abstimmungsforschung ist paradox: Während die wissenschaftlichen Abstimmungsinterpretationen in den Medien oft Diskussionen auslösen, bleibt der theoretische Diskurs zwischen den verschiedenen Erklärungsansätzen weitgehend aus oder erschöpft sich in Gehässigkeiten. Das Fehlen substantieller Debatten überrascht gerade deshalb, weil die Hypothesen der verschiedenen Deutungstraditionen stark auseinanderklaffen.

Sehr vereinfacht gesagt stehen vor allem drei Erklärungsversuche miteinander im Widerstreit. So plädiert eine Gruppe von Zürcher Soziologen für soziostrukturelle Faktoren als ausschlaggebende Variablen. In ihren Analysen kommt dabei der gesellschaftlichen Schichtung eine vorrangige Bedeutung zu (Meier-Dallach und Nef 1987). Daneben spielen je nach Abstimmungsthema territoriale Gegensätze wie etwa der Konflikt zwischen zentralen und peripheren Regionen eine grosse Rolle (Nef 1979). In methodologischer Hinsicht machen sich diese Forscher für eine Makroperspektive stark. Sie vertreten dabei die Ansicht, dass sich das Wahl- und Abstimmungsverhalten am besten mit Aggregatdaten zu einzelnen Gemeinden erfassen lässt.

Diese Sichtweise überschneidet sich zumindest auf methodologischer Ebene teilweise mit der Argumentation einiger Wirtschaftswissenschaftler. So haben Verfechter der Rational Choice-Theorien ebenfalls mit Aggregatdaten versucht, den Ja-Stimmenanteil bei Volksabstimmungen in der Schweiz zu deuten. Ihre Analysen beziehen sich vor allem auf zwei Gruppen von unabhängigen Variablen. Zum einen ordnen Schneider, Pommerehne und Frey (1981) analog zu den Forschungen über repräsentative Demokratien makroökonomischen Daten eine

¹ Dieser Artikel entstand an der University of Michigan, wo Gerald Schneider im akademischen Jahr 1991/92 für Post-Doc-Studien weilte. Die Verfasser danken Simon Hug für Kommentare zu einem ersten Entwurf.

bestimmende Rolle zu. Demnach verhält sich der Stimmbürger im Gefüge der direkten Demokratie strategisch und entzieht der Regierung bei Abstimmungen auf eidgenössischer Ebene eher die Unterstützung, wenn sich die Wirtschaft in einer Krise befindet. Darüber hinaus ist nach Ansicht dieser Forscher auch der Einfluss der Interessengruppen von ausschlaggebender Bedeutung. So ist es für den Ausgang eines wirtschaftspolitischen Urnenganges entscheidend, wie die Parolen der wichtigsten Verbände lauten (Schneider 1985).

Im Gegensatz zu den soziologischen und ökonomischen Beiträgen sind die meisten politikwissenschaftlichen Publikationen von der Überzeugung geprägt, dass sich die Stimmbürgerschaft in einer entwickelten Wohlstandsgesellschaft weitgehend von Werthaltungen leiten lässt. So ist nach Gruner (1987, 286) der Einfluss von historischen Determinanten weitgehend abgeklungen, während kognitive Faktoren an Bedeutung gewonnen haben. In den entsprechenden Untersuchungen stand in den letzten Jahren die These im Vordergrund, wonach der Wertewandel und vor allem die Hinwendung zum Postmaterialismus (Inglehart 1977, 1989) immer wichtiger werden. Zu dieser Deutung des individuellen Verhaltens kommt die auf einem mittleren Aggregationsniveau angesiedelte Hypothese, dass sich Alterskohorten in ihrem Verhalten unterscheiden und dass besonders die Nachkriegsgeneration postmaterialistisch eingestellt sei. Als drittes Analysekonzept gehört die „politische Kultur“ (Linder et al. 1991) zu dieser theoretischen Stossrichtung, weil nach Inglehart ein spezifisches Werteumfeld der „neuen“ Politik förderlich ist.

Da individuelle Einstellungen bis jetzt fast ausschliesslich über Interviews erschlossen werden, beruht dieser Ansatz auf der Analyse von Umfragedaten. Konkret sind dies die Vox-Nachbefragungen, die seit 1977 im Nachgang zu eidgenössischen Volksabstimmungen und Wahlen erhoben werden.² Diese Analyse beziehen sich teilweise auch auf den Informationsgrad der Stimmbürger. Dabei entsteht ein Widerspruch zu einer zentralen politökonomischen These, wonach der Informationsgrad Ausfluss von strategischen Erwägungen sei (Downs 1957). Vor allem Hertig spricht hingegen von einer mehr oder wenig bewusst manipulierten Unsicherheit. „Sind Abstimmungserfolge käuflich?“, fragt er, um gleich selber zu antworten: „Wir meinen im Prinzip ja“ (in Gruner und Hertig 1983, 136).

Natürlich widerspiegeln die helvetischen Kontroversen jene klassischen Konflikte, die seit Jahrzehnten die Politikwissenschaft prägen. Dabei geht es einerseits um die Frage, ob der von den Politökonomien geforderte und von den Vertretern der Werthaltungstheorien implizit gepflegte methodologische

2 In den Anfangszeiten waren die VOX-Analysen eine Domäne des Berner Forschungszentrums für schweizerische Politik; heute sind auch die Universitäten Genf und Zürich daran beteiligt. Die Datenerhebung erfolgt in Zusammenarbeit mit dem GfS-Forschungsinstitut (Zürich).

Individualismus oder ein Bezug auf soziale oder territoriale Konfliktlinien die angemessene Forschungsperspektive ist. Andererseits ist auf mehr methodologischer Ebene umstritten, wie weit Makro- oder Mikroanalysen am erfolgversprechendsten sind. Doch im Gegensatz zum Ausland (etwa Birnbaum und Lecca 1986, Opp und Wippler 1990 für die theoretische, Scarbrough 1991 für die empirische Diskussion) zeichnet sich bis jetzt für die eidgenössische Abstimmungsforschung kaum ein Ausgleich ab.

Der „dialogue des sourds“ lässt sich allerdings nur dann in eine fruchtbare Diskussion verwandeln, wenn sich die Untersuchungen auf die gleichen Konzepte und Daten beziehen. Mit diesem Artikel versuchen wir, auf diese Weise die auseinanderstrebenden Ansätze auf ihre Erklärungskraft hin zu überprüfen. Dieser empirische Theorievergleich erfolgt dabei in verschiedenen Schritten. Nach einer eingehenden Diskussion der verschiedenen Ansätze leiten wir Hypothesen aus den widerstreitenden Ansätzen ab (Kapitel 2). Bei der Operationalisierung der dabei verwendeten Variablen diskutieren wir eingehend, wie sich Umfrageergebnisse mit Aggregatsdaten verbinden lassen. Dabei ist auch kritisch zu beleuchten, wie verlässlich die Vox-Nachbefragungen sind (Kapitel 3). In der eigentlichen Analyse beschreiben wir zunächst die Schweizer Stimmbürgerschaft der achtziger Jahre (Kapitel 4). Die Hypothesen werden bivariat und multivariat überprüft (Kapitel 5). Die Zusammenfassung bietet einen Ausblick auf mögliche Erweiterungen (Kapitel 6).

2. Ein Vergleich dreier Modelle

Stimmmentscheide umfassen zwei Dimensionen, die einer Analyse bedürfen. Erstens ist zu bestimmen, aufgrund welcher Motive Stimmende die Vorschläge der politischen Behörden gutheissen oder ablehnen. Neben dem Oppositionsverhalten sucht auch die Stimmabstinenz nach einer Erklärung. In dieser Untersuchung versuchen wir beide Phänomene gleichzeitig zu deuten. Dabei beschränken wir uns darauf, theoriegeleitete Erklärungsversuche auf empirische Weise miteinander zu vergleichen. Keine Berücksichtigung finden deshalb mehr praxisorientierte Studien, in denen keine einheitliche theoretische Perspektive erkennbar ist. Dieser Entscheid betrifft besonders ältere Studien zur Stimmabstinenz (Neidhart und Hoby 1977, Riklin und Kley 1981).

In der Fülle der empirischen Studien zu diesem Doppelthema sind drei Hauptstränge identifizierbar, die sich zugleich verschiedenen Fachdisziplinen zuordnen lassen. So legen vor allem Soziologen Gewicht auf soziostrukturelle Faktoren, während Wirtschaftswissenschaftler den Einbezug von politökonomischen Variablen fördern. Eine Gruppe von Politologen versucht schliesslich

vor allem das Konzept des Wertewandels für das direktdemokratische Umfeld zu erproben.

Im folgenden begründen wir die wichtigsten Hypothesen, die bis jetzt aus diesen Strömungen hervorgegangen sind. In dieser Diskussion weisen wir auch auf Grenzen dieser Ansätze hin, und zwar sowohl in theoretischer wie auch in methodologischer Hinsicht.

Soziologische Erklärungsversuche: Gemäss den soziologischen Analysen von eidgenössischen Abstimmungen beeinflussen soziale und territoriale Konflikte wesentlich, wie sich die Stimmbürger an der Urne verhalten. Wie Meier-Dallach und Nef (1987) ausführen, ist die Entfremdung in sozial tiefer stehenden Schichten am grössten, unabhängig davon, ob die Befragten in der Stadt oder im Hinterland wohnen. Regionale Gegensätze öffnen sich je nach Abstimmungsthema. Aufgrund einer Untersuchung der Bundesabstimmungen zwischen 1950 und 1977 kommt Nef (1979) dabei zum Schluss, dass sich aus territorialen Unterschieden regionale Präferenzen ergeben. So soll sich etwa eine nicht-allemannische „Kontrakultur“ für individuelle Redistribution einsetzen, während die hochentwickelte „Zentralkultur West-Nord“ eine Vorliebe für kollektive Redistribution hege.

Generell sprechen sich in der Sicht dieses Ansatzes die Zentren und Agglomerationen eher zugunsten von neuen Werten, sozialer Gleichheit und Zentralismus aus. Demgegenüber äussern sich in der Peripherie mehr traditionalistische Wertvorstellungen. Dies führt gleichzeitig zur Unterstützung des sozialpolitischen Status quo und föderalistischer Lösungen. Ähnliche Ergebnisse ergeben sich in der Analyse einzelner Abstimmungen (Nef und Rosenmund, Nef 1989). Die Vertreter dieses Ansatzes verbinden dabei die Ergebnisse der eidgenössischen Abstimmungen in einzelnen Kommunen mit Daten aus der Schweizer Gemeindestatistik. Die ihrer Ansicht nach wichtigsten Konfliktachsen versuchen sie mit Hilfe unterschiedlicher Methoden (Faktoranalyse, Varianzanalyse) zu eruieren.

Aufgrund dieser Resultate ist für unsere Fragestellung zu vermuten, dass der sozialen Schichtung eine grosse Erklärungskraft für das Abstimmungsverhalten zukommt. Demnach müsste der sozial schwächere Stimmende eher die Position des Bundesrates ablehnen. Eine Verschlechterung der Wirtschaftslage hätte die gleiche Wirkung. Ferner testen wir, ob die Zugehörigkeit zu einer sprachlichen Minderheit das Oppositionsverhalten fördert. Solche Differenzen sind tatsächlich nachweisbar, zuletzt etwa in der Haltung gegenüber Europa (Widmer und Buri 1992). Im Rahmen dieser Untersuchung lässt sich aber nicht überprüfen, ob sich die auf dem Lande ansässige Bevölkerung konformer zeigt als die in den Städten wohnhaften Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Zwar

verfügt der Vox-Datensatz teilweise über eine Variable, die zwischen „Stadt“ und „Land“ unterscheidet. Doch je nach Befragung ist der entsprechende Indikator anders formatiert.

Nef (1979) stellt auch einige Vermutungen über den Partizipationsgrad an. Die Abnahme der Stimmbeteiligung erklärt er vor allem dadurch, dass „die Kultur der politischen Teilnahme und die damit verknüpfte partizipative Relevanz des Politischen“ durch die Prosperität der Ökonomie erodiert seien (Nef 1979, 169). Gleichzeitig konstatiert er einen Trend zur selektiven Teilnahme, eine Entwicklung übrigens, die auch spätere Untersuchungen bestätigen (Linder et al. 1991). Aufgrund dieses Wandels wächst nach Nef (1979) die Bedeutung von strategischen Gesichtspunkten und der perzipierten Betroffenheit. Doch trotz diesen punktuellen Hinweisen ist der Ansatz der Zürcher Soziologen recht unbestimmt, wenn es diese Verhaltensdimension zu erklären gilt. Als Analogieschluss lässt sich aber vermuten, dass in der Perspektive dieses Ansatzes auch die Stimmabstinenz soziale und territoriale Ursachen hat. Demnach würde der wirtschaftlich schwache, aber auch der zu einer sprachlichen Minderheit gehörende Befragte eher darauf verzichten, an die Urne zu gehen. In diesem Sinne ist wohl zumindest die Bemerkung Nefs (1979, 172) zu verstehen, dass das „strukturelle“ Zentrum und die „religionskulturelle Peripherie“ stark „selektiv partizipativ“ mobilisierten. Schliesslich überprüfen wir, ob die Wirtschaftslage mit dem Teilnahmeentscheid verknüpft ist.

Politökonomische Erklärungen: Die politökonomische Schule nimmt für sich in Anspruch, ein klares Modell zum Abstimmungsverhalten zu präsentieren. So besteht nach Schneider (1985, 32) an den anderen Ansätzen der hauptsächlichliche Mangel darin, „dass die Erklärungen zum Teil ad-hoc erfolgen“. Doch genau diese Schwäche haben die Vertreter des Rational Choice-Ansatzes zumindest in ihren Beiträgen zum Schweizer Abstimmungsverhalten nicht vollständig behoben. Ihre Modelle beruhen weitgehend auf Analogien zu den Forschungen über repräsentative Demokratien. Als Folge davon gilt das Interesse wohl fast ausschliesslich den Wechselwirkungen zwischen Ökonomie und Politik. Nur wenig sind deshalb die formalen Modelle zur direkten Demokratie verarbeitet (Romer und Rosenthal 1979, Gerber und Lupia 1992, Lupia 1992). In diesen Forschungen steht die Beziehung zwischen den Behörden und den Stimmbürger im Rahmen von „Setter-Modellen“ im Vordergrund des Interesses.

Ähnlich wie der soziologische Ansatz bezieht sich die statistische Analyse der Rational Choice-Vertreter oft auf eine Vielzahl von Indikatoren. Schneider, Pommerehne und Frey konnten dabei für die Nachkriegszeit (1951-1976) nachweisen, dass sich in Zeiten hoher Inflation der Ja-Stimmenanteil verkleinert. Ein wenig schwächer ist der Einfluss, den Veränderungen in den Real-

löhnen erzeugen. Diese Resultate bestätigt Schneider (1985) zu einem guten Teil. In diese umfassendste makroquantitative Untersuchung sind zusätzlich die Abstimmungsparolen der Spitzenverbände und der wichtigsten Parteien in die Regressionsgleichungen einbezogen. In der Analyse von Abstimmungen mit wirtschaftspolitischem Gehalt erweisen sich dabei vor allem die Empfehlungen des Bauernverbandes und des Gewerkschaftsbundes als erklärungskräftig, und dies besonders dann, wenn es sich um umstrittene Vorlagen handelt. Statt soziale oder territoriale Konflikte untersucht Weck-Hannemann (1990) ferner den Zwiespalt, der sich zwischen den Interessen der Produzenten und der Konsumenten öffnet. Wie sie am Beispiel von zwei handelspolitischen Abstimmungen zeigt, setzten sich die direkt Betroffenen an der Urne für ihre Interessen ein. In einer solchen Ausmarchung können die Produzenten jedoch nur bedingt auf die Unterstützung von Kräften zählen, die in anderen Regulierungsbereichen an einem verstärkten Protektionismus interessiert sind. Stimmentausch scheint bei Volksabstimmungen dementsprechend nur sehr begrenzt stattzufinden.

Von diesen Hypothesen wird im Rahmen dieser Untersuchung überprüft, ob bei hoher Inflation das Oppositionsverhalten zunimmt und ob Abstimmungsparolen eine eigenständige Wirkung entfalten. Dabei ziehen wir es aber vor, mit einem Index zu arbeiten, der die Empfehlungen sämtlicher relevanter Kräfte erfasst und somit die Elitenkonfliktivität einer Vorlage widerspiegelt. Dieser Entscheid lässt sich damit begründen, dass Probleme der Multikollinearität entstehen, wenn die statistische Analyse die Parolen von Verbänden und Parteien mit ähnlicher Ausrichtung als eigenständige unabhängige Variablen berücksichtigt. So unterscheiden sich die Stellungnahmen der bürgerlichen Bundesratsparteien zumeist nur wenig, ganz abgesehen davon, dass die Spitzenverbände der Wirtschaft oft die Meinung dieser Kräfte teilen und auch zwischen der Haltung des Gewerkschaftsbundes und der Sozialdemokraten eine grosse Konvergenz festzustellen ist. In Unterschied zu Schneider, Pommerehne und Frey (1981) und Schneider (1985) untersuchen wir schliesslich die Opposition zu den politischen Behörden und nicht das generelle Ja oder Nein zu einer Vorlage. Es ist zu vermuten, dass der in diesen Studien verwendete Indikator für die Zufriedenheit mit der bundesrätlichen Politik („Ja-Stimmenanteil“) auf höchst inadäquate Weise die institutionelle Vielfalt einer direkten Demokratie widerspiegelt. Zustimmung zu einer Initiative kann schliesslich nur bedeuten, dass der Befragte die Politik der Behörden ablehnt.³

Bis jetzt haben sich die Vertreter der Rational Choice-Ansätze nicht direkt mit der Stimmabstinenz in der Schweiz befasst (für eine generelle Erörterung

3 Eine weitere Schwäche der Untersuchung von F. Schneider besteht darin, dass er die Abweichungen von Kantonalparteien nicht berücksichtigt (vgl. Hug 1991).

der Unzufriedenheit Frey 1992). Dieses Schweigen ist vielleicht eine Folge der Schwierigkeiten, die vor allem die Verfechter von formalen Modellen mit dieser Frage haben (Riker and Ordeshook 1968, Palfrey und Rosenthal 1985). Dennoch liesse sich natürlich die These überprüfen, dass sich der rationale Akteur eher nicht beteiligt. In Zeiten ungebrochener Wohlfahrt wäre gleichzeitig der Informationsstand gering. Zugleich ist zu evaluieren, ob die Tendenz zum Oppositionsverhalten abnimmt, wenn der Informationsstand klein ist.

Wertewandel-Erklärungen: Auch die Verfechter des Wertewandels haben bis jetzt kein eigenes Modell zum Abstimmungsverhalten in der Schweiz präsentiert. Dies ist vielleicht darauf zurückzuführen, dass die Schweizer Spielart dieser Erklärungstradition vorab anwendungsorientiert ist. In den letzten Jahren stand bei diesen Analysen das Konzept der „politischen Kultur“ im Vordergrund – ein in den Augen von Linder und seinen Mitarbeitern (1991, 4) „offenes, deskriptives Konzept, das geeignet ist, allgemeine und besondere Züge eines Landes einzugrenzen“.

Dabei ist darauf hinzuweisen, dass sich die politische Kultur auch auf einem tieferen Aggregationsniveau als Erklärungsfaktor heranziehen liesse. Da die Vox-Umfragen den Wohnkanton eines Befragten und seine Sprachzugehörigkeit einschliessen, ist der entsprechende Test grundsätzlich möglich. Zu zweifeln ist hingegen daran, dass die Kantone jene Gemeinschaften darstellen, in denen spezifische Werte gepflegt werden. Insofern lässt sich die umstrittene Hypothese (vgl. etwa Tsebelis 1990, 21–24) kaum auf gültige Weise falsifizieren, wonach sich aufgrund von Differenzen in den politischen Kulturen auf einer Makroebene Verhaltensunterschiede ergeben. In Analogie zum soziologischen Ansatz wird aber vermutet, dass sich das Verhalten je nach der Zugehörigkeit zu einer sprachlichen Minderheit unterscheidet. Überprüfen lassen sich ferner die Hypothesen, die dieser Ansatz für die Meso- und die Mikroebene des politischen Handelns postuliert. So wäre in der Nachfolge zu Inglehart zu überprüfen, ob sich zwischen verschiedenen Altersgruppen Verhaltensunterschiede ergeben. Generell liesse sich im Sinne einer Lebenszyklushypothese vermuten, dass mit zunehmendem Alter die Zustimmung zur offiziellen Politik wächst. In ähnlicher Weise ist im Rahmen dieses Ansatzes vermutet worden, dass Frauen eher zur Opposition neigen (Stämpfli und Longchamp 1991).

Auf der Individualebene spielen nach Inglehart sowohl die Werthaltungen wie die Fertigkeiten eines Stimmbürgers eine entscheidende Rolle. Aufgrund seiner bekannten Kategorisierung wäre dabei zunächst die Hypothese zu formulieren, dass die als Postmaterialisten einzustufenden Stimmbürger eher zur Opposition gegenüber der Landesregierung neigen. Das gleiche liesse sich für Sympathisanten der politischen Linken behaupten. Zugleich wäre der Bildungsstand diesem Verhalten förderlich. Zu testen ist in diesem Zusammen-

hang ferner die Hypothese von Hertig (in Gruner und Hertig 1983, 136), wonach zwischen dem Informationsstand und dem Abstimmungsverhalten eine Beziehung besteht. Seiner Meinung nach lassen sich Abstimmungsergebnisse durch geschickte Werbung zum Teil manipulieren. Theoretisch und empirisch rigorose Untersuchungen über kalifornische Abstimmungen haben mittlerweile gezeigt, dass bei grösserem Werbeaufwand eher der Grad der Informiertheit steigt (Gerber und Lupia 1992). Generell spielt es eine Rolle, ob Information asymmetrisch verteilt ist und demnach bestimmte Interessengruppen einen strategischen Vorteil besitzen (Lupia 1992). Trotz dieser Ergebnisse überprüfen wir aber die These Hertigs und vermuten, dass die schlecht informierten Stimmmenden eher der bundesrätlichen Politik zuneigen. Zugleich sei in diesem Zusammenhang abgeklärt, ob Stimmbürger, die sich von einer Vorlage subjektiv betroffen fühlen, eher zum Oppositionsverhalten gegenüber dem Bundesrat neigen.

Der Einfluss von Werthaltungen auf die Stimmbeteiligung ist bis jetzt nicht restlos geklärt. An sich wäre nach Inglehart zu vermuten, dass Postmaterialisten eher unkonventionellen Aktivitäten zuneigen. Im Vergleich zu parlamentarischen Systemen ist das Angebot an herkömmlichen Beteiligungsmöglichkeiten in einer direkten Demokratie allerdings breiter. Welche Partizipationsform deshalb letztlich in der Schweiz die Oberhand besitzen soll, lässt sich im Rahmen dieser Theorie kaum bestimmen. Zu ihrer eigenen Überraschung haben Linder et al. (1991, 8) festgestellt, dass Postmaterialisten überdurchschnittlich aktiv sind. Sie betonen deshalb, dass für die politische Partizipation eher die klassischen sozialen Determinanten verantwortlich seien. In dieser Untersuchung befassen wir uns aber nur mit den Hypothesen, die sich direkt mit Werthaltungen in Verbindung bringen lassen. Demnach müssten die älteren und gut ausgebildeten Befragten eher zu den Urnengängern gehören. Ferner ist zu falsifizieren, ob postmaterialistische Werthaltungen oder eine Selbsteinordnung auf dem linken Spektrum die Wahrscheinlichkeit einer Teilnahme erhöhen. Dabei ist allerdings ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass sich all diese Erklärungen bis jetzt nicht aus einem zusammenfassenden Modell ableiten lassen.

Kontrolle für zwei Konfliktarten: Die aus den drei Ansätzen abgeleiteten Hypothesen sind in Tabelle 1 zusammengefasst. Diese Übersicht berücksichtigt nur die bivariaten Beziehungen. Ohnehin liegen keinem der Ansätze eigentliche Kausalmodelle zugrunde, auch wenn sich teilweise Unterschiede in bezug auf die Beziehungen zwischen verschiedenen unabhängigen Variablen ergeben. So glauben die Rational Choice-Vertreter in der Informationsbeschaffung einen strategischen Entscheid zu erkennen, während Soziologen eher auf die gesellschaftlichen Wurzeln der Unsicherheit hinweisen. Die Untersuchung erstreckt sich ferner zusätzlich auf zwei Kontrollvariablen, die sich nicht direkt auf eine

der drei Theorien beziehen lassen. Auf diese Weise lässt sich überprüfen, ob sich gewisse Hypothesen nur für Abstimmungen zu bestimmten Themen bestätigen lassen. Für diese Untersuchung unterscheiden wir zum einen zwischen Wertkonflikten, in denen sich die postmaterialistische und materialistische Orientierungen gegenüberstehen dürften. Zum anderen kontrollieren wir die Analyse für Vorlagen mit einer ausgeprägten Umverteilungskomponente. Die entsprechenden Resultate werden uns zur Schlussfolgerung führen, wie weit sich das Abstimmungsverhalten zu klassischen Links-Rechts-Themen von Auseinandersetzungen zur „neuen“ Politik unterscheidet.

3. Anlage der Untersuchung und Operationalisierung der Variablen

Definition des Samples und der Untersuchungseinheit: Für diese erste Untersuchung wählten wir einen Ansatz, der die Mikro- und die Makroperspektive vereint. Die Untersuchungseinheit ist entsprechend der einzelne Befragte in der einzelnen Abstimmung. Gewisse Interviewpartner sind mehrfach vertreten, da sich die Vox-Untersuchungen teilweise auf Urnengänge mit mehreren Abstimmungen beziehen. Als Konsequenz davon ist auch der Datensatz mit seinen 50'782 Fällen überaus gross. Er enthält Daten zu fast allen Abstimmungen, die zwischen dem 14. Juni 1981 und dem 2. Juni 1991 durchgeführt wurden.⁴ Angaben über die erfassten Abstimmungen sind im Anhang zu finden.

Operationalisierung der Variablen: Die beiden abhängigen Variablen, das Oppositionsverhalten und die Stimmabstinenz, sind als Dummy-Variablen operationalisiert. Diese Definition zieht als Konsequenz nach sich, dass Leerstimmende und Antwortverweigerer nicht in die Untersuchung einbezogen sind. Der Ausschluss dieser zwei Kategorien ist für die Analyse der meisten Hypothesen problemlos, da wenig Fälle davon betroffen sind.

Die Operationalisierung der unabhängigen Variablen lehnt sich weitgehend an die Definitionen des Standardfragebogens und des Statistikblattes zu den Vox-Untersuchungen an. Tabelle 2 fasst die Operationalisierungen so zusammen, dass nur für einige Variablen weitergehende Kommentare nötig sind. So wird der sozioökonomische Status durch zwei Indikatoren erfasst: Einstufung

⁴ Die Ausnahmen sind die Abstimmungen vom 6. Juni 1982 (Strafgesetzsrevision, Ausländergesetz) und vom 7. Dezember 1986 (Volksinitiative „für eine gerechte Belastung des Schwerverkehrs“, Mieterschutz). Die Daten zu diesen Urnengängen gelten als verloren. Ferner ist zu berücksichtigen, dass wegen dem nahezu identischen Stimmverhalten für die Kleeblattinitiativen nur eine Vorlage Berücksichtigung fand (Abstimmung vom 1. April 1990).

Tabelle 1

Ein Vergleich der verschiedenen Erklärungsversuche zum Abstimmungsverhalten in der Schweiz: Unabhängige Variablen zur Erklärung der Opposition zu den Empfehlungen von Bundesrat und Parlament und der Teilnahme an einem Urnengang (in Klammern Richtung des vermuteten Einflusses)

<i>Opposition zur Empfehlung von Bundesrat und Parlament</i>			
Erklärungsansatz	Soziologie	Rational Choice	Werthaltungen
<i>Unabhängige Variablen</i>			
Sozioökonomischer Status	x (+)	0	0
Alter	0	0	x (+)
Geschlecht	0	0	x
Bildungsniveau	0	0	x (+)
Zugehörigkeit Minderheit	x (–)	0	x (–)
Informationsstand	0	x (–)	x (–)
Subjektive Betroffenheit	0	0	x (–)
Einstufung L/R-Achse	0	0	x (–)
Einstufung PM/M-Achse	0	0	x (–)
Konfliktivität der Vorlage	0	x (–)	0
Wirtschaftslage	x (+)	x (+)	0
<i>Teilnahme an der Abstimmung</i>			
Erklärungsansatz	Soziologie	Rational Choice	Werthaltungen
<i>Unabhängige Variablen</i>			
Sozioökonomischer Status	x (+)	0	0
Alter	0	0	x (+)
Geschlecht	0	0	x (+)
Bildungsniveau	0	0	x (+)
Zugehörigkeit Minderheit	x (–)	0	x (–)
Informationsstand	0	x (–)	0
Subjektive Betroffenheit	0	0	x (+)
Einstufung L/R-Achse	0	0	x (–)
Einstufung PM/M-Achse	0	0	x (–)
Konfliktivität der Vorlage	0	x (+)	0
Wirtschaftslage	x (+)	x (+)	0
<i>Kontrollvariablen</i>			
Umverteilungskomponente (Ja/Nein), Wertkonflikt (Ja/Nein)			

Anmerkungen:

- x Theorie postuliert Zusammenhang
 (+ = positiver Zusammenhang; – = negativer Zusammenhang)
 0 Zusammenhang spielt in der Theorie keine explizite Rolle.

in Lebensstandardklasse und berufliche Stellung⁵. Die Validität des Indikators Lebensstandardklasse ist dabei eingeschränkt, da der Interviewer die Zuordnung des Befragten aufgrund seines persönlichen Eindrucks vornimmt. Für die Links-Rechts-Sympathien benützen wir zwei Indikatoren. Auf der einen Seite fassten wir eine Selbsteinstufung auf dieser traditionellen Konfliktachse in fünf Ausprägungen zusammen. Da sich die Befragten erst seit 1989 einer der elf Kategorien der Vox-Skala zuordnen können, bildeten wir zusätzlich aufgrund der Parteisympathie einen weiteren Indikator mit sechs Kategorien. Die Untersuchung bezieht sich deshalb teilweise auf ein reduziertes Sample, da nur rund die Hälfte aller Schweizerinnen und Schweizer Präferenzen für eine bestimmte Partei hegen.

Für die Zuordnung der Interviewpartner entlang der Achse zwischen Postmaterialisten und Materialisten verwenden wir den Wertewandel-Index, der zwischen „Materialisten“, „Mischtypen“ und „Postmaterialisten“ unterscheidet. Dabei ist ausdrücklich anzumerken, dass sich dieser Index nur teilweise an die klassische Skala von Inglehart anlehnt. So sind die ersten vier Items der Kurzfassung des Postmaterialismus-Index übernommen, wobei die Formulierungen nicht vollständig mit den ursprünglichen Definitionen übereinstimmen. Es handelt sich um folgende vier Items: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit/Kurzarbeit; Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung; Schutz der freien Meinungsäusserung; Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten. Von den zwei zusätzlichen Items stammt eines aus der Langfassung des Postmaterialismus-Indexes, der insgesamt 12 Items umfasst. Das sechste in den VOX-Umfragen berücksichtigte Item ist eine eidgenössische Neuschöpfung (Schutz der Umwelt vor Verschmutzung und Katastrophen). Die Befragten müssen bezeichnen, welches dieser sechs Ziele sie als am dringlichsten erachten und welche Aufgaben in ihren Augen zweite oder dritte Priorität haben. Nach diesem Schweizer PM-Index sind Interviewpartner dann „Materialisten“, wenn sie als erste Priorität Item 1, 2 oder 5 nennen. Gleichzeitig muss sich jenes Ziel, das sie als am zweitwichtigsten empfinden, ebenfalls auf eines dieser Items beziehen. Eine Präferenz für „neue Werte“ äussert sich bei jenen Befragten, die als erste und zweite Priorität eines der Items 3, 4 oder 6 nennen. Alle anderen Kombinationen fallen in die Kategorie „gemischte Werte“.

Wie stark sich dieser Index von restriktiveren Postmaterialismus-Konzepten unterscheidet, zeigt eine Analyse von Univox-Daten. Ein Vergleich der verschiedenen Indizes ergab, dass gerade das in den VOX-Analysen verwendete Konzept stärker mit der Links-Rechts-Skala übereinstimmt als eine Übernah-

5 Die Kategorien „Landwirte“ und „Rentner/Rentnerinnen“ sind von der Analyse ausgeschlossen, da innerhalb dieser Kategorien eine zu grosse Streuung des sozioökonomischen Status festzustellen ist.

me der Definitionen von Inglehart.⁶ Beim Informationsstand stützen wir uns auf die subjektiven Informationsschwierigkeiten der Stimmenden. Wir gehen dabei davon aus, dass der Informationsstand vor allem von diesen perzipierten Informationskosten abhängt. Wir wählten diesen Indikator auch, weil wir den bis jetzt verwendeten Index zur „materiellen Problemlösungskapazität“ als recht rigides Konstrukt betrachten, das alternative Formen der Informationsbeschaffung wenig beachtet und vor allem theoretisch kaum abgestützt ist. Nach der Operationalisierung Hertigs kann jemand nur ein Thema meistern, wenn er in einem gewissen Umfang den Inhalt der Vorlagen richtig einschätzt. Wer sich auf Faustregeln stützt oder dem Verhalten von Bekannten anpasst, erfüllt hingegen jene Kriterien nicht, die dem Idealtypus des vollinformierten Teilnehmenden entsprechen.

Für die Konfliktivität eines Themas stützen wir uns auf einen Index, der Abstimmungsparolen der in der Bundesversammlung vertretenen Parteien und der Spitzenverbände der Wirtschaft erfasst (Papadopoulos 1992). Die Parolen der Parteien sind dabei nach ihrem Stimmenanteil gewichtet, den sie bei der jeweils letzten eidgenössischen Abstimmung erzielten. Dieser Index nimmt Werte zwischen -2 (geringe Konfliktivität) und 2 (hohe Konfliktivität) an.⁷

Von den möglichen makroökonomischen Bestimmungsfaktoren berücksichtigen wir nur die Inflationsrate. Die Varianz für die Arbeitslosigkeit war während der Untersuchungsperiode zu gering, da bis eingangs der neunziger Jahre Vollbeschäftigung herrschte. Um die statistische Analyse durchführen zu können, ordneten wir die Werte zur Inflationsrate und zur Elitenkonfliktivität je drei Kategorien zu. Bei den Kontrollvariablen unterscheiden wir mit zwei Dummyvariablen, ob eine Abstimmung einen Umverteilungskonflikt darstellt oder ob es sich um eine Auseinandersetzung um neue Werte handelt. Wir ordneten nur Abstimmungsthemen den Redistributionskonflikten zu, wenn die Umverteilung eine grössere gesellschaftliche Gruppe betrifft. Der Anhang orientiert über diese Kategorisierung.⁸

6 Ein solcher Quervergleich wurde an der Forschungsstelle für Politische Wissenschaft der Universität Zürich durchgeführt. Diese Analyse bezog sich auf Univox-/Vox-Umfragen, in denen verschiedene Postmaterialismus-Konzepte verwendet wurden.

7 Die Elitenkonfliktivität ist durch folgende Formel definiert: $[(\text{Wähleranteil opponierende Parteien} - \text{Wähleranteil zustimmende Parteien}) / (\text{Wähleranteil opponierende Parteien} + \text{Wähleranteil zustimmende Parteien})] + [(\text{Anzahl opponierende Verbände} - \text{Anzahl zustimmende Verbände}) / (\text{Anzahl opponierende Verbände} + \text{Anzahl zustimmende Verbände})]$. Das Total der Wähleranteile ist dabei in den meisten Fällen nicht 100 Prozent, weil zum Teil Stimmfreigabe beschlossen oder überhaupt keine Parole ausgegeben wurde.

8 Die beiden Verfasser ordneten die Abstimmungen unabhängig voneinander diesen Kategorien zu. Zur Kontrolle arbeiteten wir noch mit einer etwas weiter gefassten Kategorie von Konflikten, die „eher“ eine Umverteilungskomponente aufweisen. In der statistischen Analyse ergaben sich aber keine gravierenden Abweichungen zwischen den Resultaten für die beiden Definitionen von Umverteilungskonflikten.

Schwierigkeiten einer kombinierten Untersuchung: Die Vereinigung einer Mikro- und einer Makroperspektive ist nicht problemlos, da sich natürlich Abweichungen zwischen dem tatsächlichen und dem behaupteten Verhalten ergeben können. Deshalb lässt sich nie genau ermitteln, ob ein Interviewpartner an der Abstimmung teilgenommen und wie er sich an der Urne geäußert hat. So überrascht es kaum, dass bei den Vox-Untersuchungen solche Verzerrungen festzustellen sind. Im Durchschnitt geben immer mehr Befragte an, an der Abstimmung teilgenommen zu haben, als dies für die ganze Schweiz der Fall war. Die Diskrepanz zwischen tatsächlicher und von den Befragten behaupteter Stimmbeteiligung weist dabei eine gewisse Konstanz auf. Auch die Verzerrung im Oppositionsverhalten scheint weitgehend systematischen Charakter zu haben, da sich die Interviewpartner den vermeintlichen Erwartungen der Öffentlichkeit anzupassen versuchen. Ein zusätzliches methodologisches Problem besteht darin, dass sich die Zahl der Befragten im Laufe der Untersuchungsperiode verändert hat. Dies führt zu einer Gewichtung jener Abstimmungen, bei denen die Vox-Nachanalyse auf einem überdurchschnittlich grossen Sample beruht.

Für unsere Untersuchung haben wir deshalb geklärt, ob der allfällige Zusammenhang zwischen den abhängigen Variablen und den auf Aggregatsdaten beruhenden Prädiktoren (Konfliktivität der Vorlage; Wirtschaftslage) von diesen Faktoren verzerrt wird. So zeigt es sich zum einen, dass die Elitenkonfliktivität positiv mit der Differenz zwischen der tatsächlichen und der behaupteten Zustimmung verbunden ist. Wenn wir gleichzeitig für die Samplegrösse korrigieren, beträgt der entsprechende Korrelationskoeffizient 0.11 ($n=50780$). Dies heisst natürlich, dass die Stimmenden es bei besonders umstrittenen Fragen eher verneinen, mit dem Bundesrat gestimmt zu haben. Beim Partizipationsverhalten schliesslich übt die Inflationsrate einen Einfluss in die Gegenrichtung aus. So bildet sich in Zeiten hoher Teuerung die Neigung zur rein deklamatorischen Beteiligung zurück ($r=-0,15$, $n=50780$).

4. Die Befragten und die einzelnen Abstimmungen

Für die beiden abhängigen Variablen ist für den Untersuchungszeitraum kein klarer Trend auszumachen. Es bestätigt sich aber die Hypothese (Linder et al. 1991), dass sich die Stimmbeteiligung auf tiefem Niveau eingependelt hat. Nur „Jahrhundertabstimmungen“ wie der Urnengang zur Armeeabschaffung sorgen kurzfristig für eine erhöhte Mobilisierung. Ob die niedrige Beteiligungsquote eine Konsequenz einer tieferen Elitenkonfliktivität der Vorlagen ist, bleibt in Übereinstimmung mit Papadopoulos (1992) offen. Es muss für den relativ

Tabelle 2
Operationale Definition der Variablen

<i>Variable</i>	<i>Operationale Definition (Quelle¹)</i>
Abhängige Variablen	
Zustimmung zum Bundesrat	Dummy: Zustimmung/Opposition (V-STAN)
Teilnahme an Abstimmung	Dummy: Teilnahme/Abstinenz (V-STAN)
Unabhängige Variablen	
Sozioökonomischer Status	– Lebensstandard ² (V-STAT) – Berufliche Stellung ³ (V-STAT)
Alter	Fünf Kategorien ⁴ (V-STAT)
Geschlecht	Dummy: Mann/Frau (V-STAT)
Bildungsniveau	Drei Kategorien ⁵ (V-STAT)
Zugehörigkeit Minderheit	Dummy ⁶ (V-STAT)
Informationsstand	Dummy: Eher leicht/eher schwer (V-STAN)
Subjektive Betroffenheit	Fünferskala ⁷ (V-STAN)
Einstufung L/R-Achse	– Fünfer-Skala Selbsteinstufung ⁸ (V-STAN) – Sechser-Skala Parteisympathie ⁹ (V-STAN)
Einstufung PM/M-Achse	Wertewandelindex (Drei Kategorien) ¹⁰ (V-STAN)
Konfliktivität Genf)	–2 bis –1.3 = 1; –1.3 bis 0.7 = 2; –0.7 bis 2 = 3 (U.
Wirtschaftslage	Teuerung im Jahresvergleich (BfS) ¹¹
Kontrollvariablen	
Umverteilungskomponente	Dummy: Ja/Nein
Wertkonflikt	Dummy: Ja/Nein

Anmerkungen:

- 1 V-STAN (Vox Standardfragen); V-STAT (Vox Statistikblatt); BfS (Bundesamt für Statistik); U. Genf (Département de Science Politique, Université de Genève).
- 2 Gutsituierte = 1; oberer Mittelstand = 2; unterer Mittelstand = 3; wenig Bemittelte = 4
- 3 Selbständige und leitende, höchstqualifizierte Angestellte = 1; mittlere Angestellte und Beamte = 2; untere Angestellte und Beamte = 3; Arbeiter, Arbeiterinnen und manuell Tätige = 4
- 4 20–29 Jahre = 1; 30–39 Jahre = 2, 40–49 Jahre = 3, 50–64 Jahre = 4, 65 Jahre und mehr = 5
- 5 Obligatorische Schulen (Primar-, Sekundar-, Bezirksschule etc.) = 1; Berufsschule = 2; Mittel- und Hochschulen = 3
- 6 Französische und Italienische Schweiz = 0, Deutschschweiz = 1

- 7 1 = Geringe Auswirkungen auf eigene Person, 2 = eher geringe Auswirkungen; 3 = mittlere Auswirkungen, 4 = eher starke Auswirkungen, 5 = starke Auswirkungen
- 8 Zusammenfassung einer Elferskala (1–3 = ganz links; 4–5 = links; 6 = Mitte; 7–8 = rechts; 9–11 = ganz rechts)
- 9 1 = POCH/PdA/PSA/GBS; 2 = SPS/GPS; 3 = CVP/EVP/LdU 4 = FdP, LPS, 5 = SVP; 6 = NA/SD/Vigilants/Autopartei
- 10 „alte Werte“; „gemischte Werte“; „neue Werte“
- 11 0.8%–3.4% = 1; 3.41%–5.7% = 2; 5.71%–9.9% = 3

kurzen Zeitraum auch ungeklärt bleiben, ob die Stimmbürger vermehrt in Opposition gehen. Vielmehr ist die öffentliche Zustimmung ziemlich konstant. Es zeigt sich jedoch auch in Graphik 1, dass die Elitenkonfliktivität fast generell kleiner ist als die Konfliktivität einer Vorlage in der Stimmbevölkerung. Anzumerken ist dabei ferner, dass die Werte für die Elitenkonfliktivität für die graphische Darstellung normalisiert wurden.

Gleichzeitig ist darauf hinzuweisen, dass sich die unabhängigen Variablen meist nur wenig verändert haben. Dies gilt etwa auch für das Gewicht der verschiedenen politischen Strömungen. Wenn es nach der Selbsteinschätzung der Befragten ginge, müssten die Schweizer Behörden eher eine Mitte-Links Politik verfolgen. So ordneten sich 74 Prozent Befragten, die zu diesem Punkt Stellung nahmen, den drei Kategorien „sehr links“, „eher links“ oder „Mitte“ zu; auf die zwei letztgenannten Kategorien entfielen dabei allein je 31 Prozent. Allerdings ist auch eine Mehrheit zwischen der Rechten und der Mitte möglich. Auch die Identifikation mit den Parteien ist weitgehend stabil, obgleich es nach dem Rücktritt von Frau Kopp zu einem dramatischen Legitimationsverlust für die Freisinnige Partei gekommen ist. Ähnlich ist auch bei Wertkonflikten mit wechselnden Mehrheiten zu rechnen. So sind aufgrund der Postmaterialismus-Skala 60,6 Prozent der Befragten „Mischtypen“, während sich 28,8 Prozent zu „neuen“ Werten und 10,6 Prozent zu „alten“ Werten bekennen.

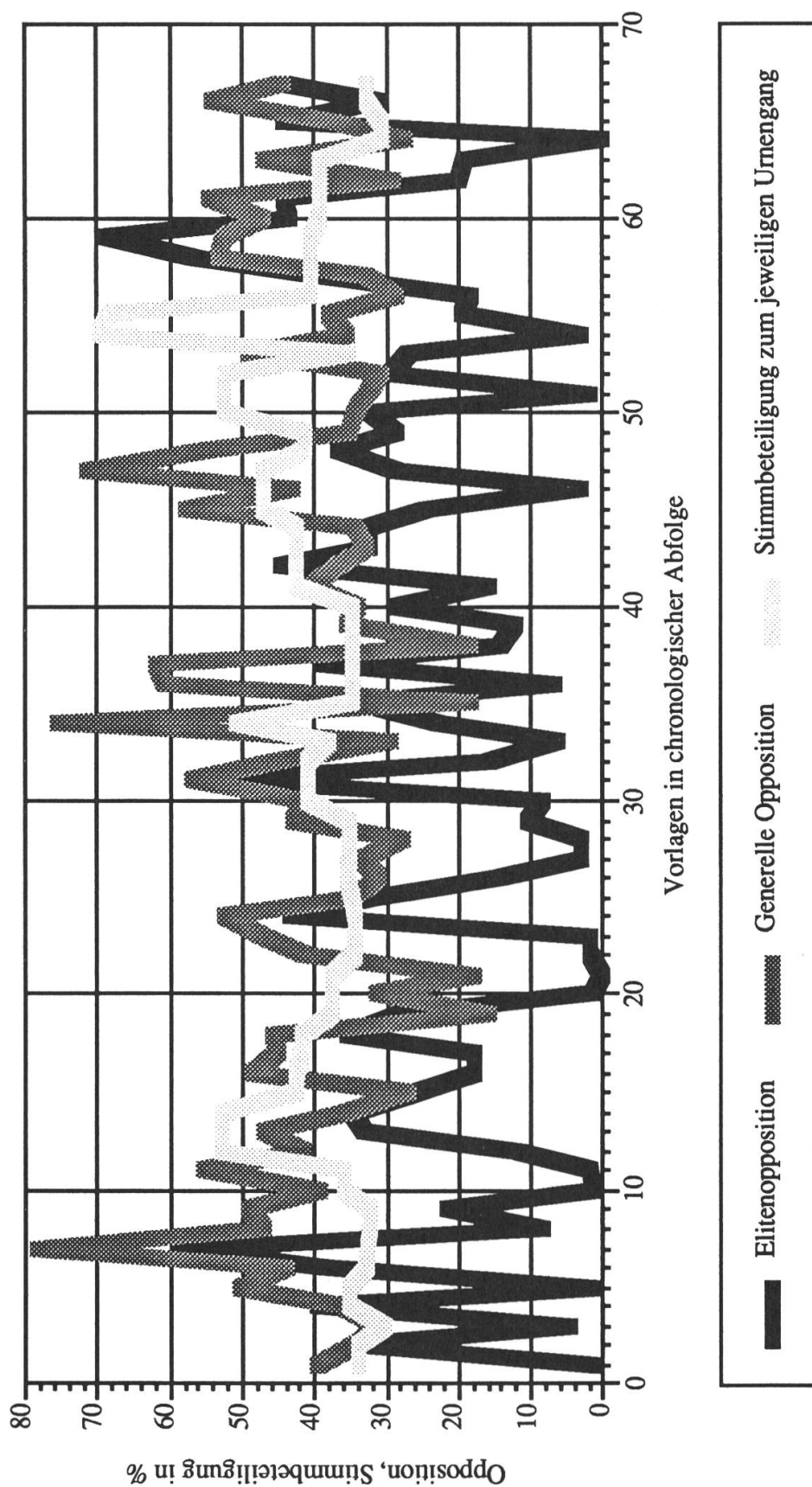
Nach ihrer Selbsteinschätzung sind 71 Prozent aller Befragten, die zu diesem Punkt explizit Stellungen nahmen, „sehr gering“ bis „mittel“ von einer Vorlage betroffen. 65 Prozent stufen die Thematik der jeweiligen Vorlage als relativ leicht verständlich ein.

5. Die drei Modelle im empirischen Vergleich

Die bivariate Überprüfung der Hypothesen zeigt, dass die Partizipation an einer Abstimmung von anderen Faktoren bestimmt wird als die Haltung zu den Vorschlägen des Bundesrates. Ferner erweist es sich in der quantitativen Ana-

Graphik 1

Die durchschnittliche Stimmbeteiligung, die durchschnittliche Opposition zu den Abstimmungsvorlagen und die durchschnittliche Elitenkonfliktivität (1981–1991)



lyse, dass je nach dem Typ der Abstimmungsvorlage andere Determinanten eine Rolle spielen. Demnach besteht ein Unterschied zwischen Vorlagen, die von einem Wertkonflikt oder vor allem von einem Umverteilungsaspekt geprägt sind. Als Assoziationsmass verwenden wir generell Gamma, das weder für die Samplegrösse noch für Bindungen kontrolliert. Im Vergleich zu anderen Assoziationsmassen liefert Gamma stärkere Zusammenhänge. Falls andere Masse wesentlich tiefere Werte liefern, ist dies in den Tabellen vermerkt.

Determinanten des Oppositionsverhaltens: Für diese Dimension des Abstimmungsverhaltens erweisen sich jene Ansätze am erklärungskräftigsten, welche Werthaltungen als unabhängige Variablen in den Vordergrund stellen. Tabelle 3 zeigt die Resultate, die zu diesem Analyseschritt gehören. Unter den Prädiktoren kommt dabei der Einstufung in „Postmaterialisten“, „Mischtypen“ und „Materialisten“ nur eine zweitrangige Bedeutung zu. Weiterhin erweist sich der Links-Rechts-Konflikt als virulenter, ganz abgesehen davon, dass postmaterialistische Wertorientierungen ohnehin mit der Linkseinstellung verbunden sind. Der Gamma-Koeffizient für die Beziehung zwischen dem Postmaterialismus-Index und der Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Achse beläuft sich auf 0.38 (t-Wert: 26.63; n=8672).

Für alle Vox-Untersuchungen zusammengekommen üben in der Untersuchungsperiode wirtschaftliche Faktoren keinen Einfluss auf das Oppositionsverhalten aus. Dies ist zum einen sicher eine Konsequenz davon, dass bis zum Ende der achtziger Jahre die Schweiz abgesehen von einem wirtschaftlichen Einbruch nach der zweiten Ölkrise noch nicht mit gravierenden ökonomischen Problemen konfrontiert war. In Zeiten der Hochkonjunktur scheinen andere Prioritäten vorzuherrschen. Zudem unterstellt ein derart grobes Misstrauensvotum, dass sich die Stimmenden nicht um das eigentliche Sachthema kümmern. Es fragt sich schliesslich, ob die Befragten tatsächlich dem Bundesrat die Schuld geben, wenn wirtschaftliche Probleme auftauchen. Auch die relativ unabhängige Nationalbank, Interessenverbände oder einzelne Wirtschaftssektoren sind potentielle „Sündenböcke“. So überrascht es wenig, dass die von den Politökonomen suggerierte Neigung zum Nein-Sagen in wirtschaftlich angespannten Zeiten nur zunimmt, wenn eigentliche Umverteilungsthemen auf der Tagesordnung stehen. Diese Bestätigung des Zusammenhanges für Themen mit redistributivem Charakter ist dabei aber mit einer gewissen Vorsicht zu geniessen, da nur an vier Wochenenden über solche Geschäfte befunden wurde. Dies gilt, obwohl an sich bei einer weniger restriktive Kategorisierung der Umverteilungskonflikte und damit einer grösseren Zahl an Fällen die Beziehung noch verschärft. Die Konfliktivität einer Vorlage in den politischen Eliten hat hingegen einen nachweisbaren Einfluss. Aber auch hier sind je nach Abstimmungsthema Verhaltensunterschiede festzustellen.

Tabelle 3
Bivariate Überprüfung der Erklärungen zum Oppositionsverhalten in der Schweiz: Stärke des Zusammenhanges (Gamma¹), in Klammern t-Werte und Zahl der Fälle

<i>Variable (Indikator)/Aggregationsniveau</i>	<i>Variable (Indikator)/Aggregationsniveau</i>		
	Gesamtes Sample	Wert-konflikte	Umverteilungs-konflikte
Sozioökonomischer Status:			
– Lebensstandard	0.10 (9.11/25808)	0.10 (5.57/7821)	0.18 (6.11/3625)
– Berufliche Stellung	0.06 (2.99/5906)	0.05 (1.76/2923)	0.15 (2.39/595)
Alter	–0.08 (–9.50/25939)	–0.12 (–7.62/7936)	–0.10 (–4.16/3663)
Geschlecht	0.03 (2.13/26330)	0.09 (4.01/7974)	0.02 (0.64/3688)
Bildungsniveau	–0.04 (–3.28/26174)	–0.01 (–0.36/7920)	–0.05 (–1.64/3673)
Zugehörigkeit Minderheit	–0.03 (–1.70/26300)	0.06 (2.37/7955)	–0.24 (–5.98/3682)
Informationsstand	0.13 (8.83/24992)	0.09 (3.55/7782)	0.13 (3.22/3609)
Subjektive Betroffenheit	0.03 (2.70/24500)	0.03 (2.03/7771)	0.03 (1.33/3546)
Einstufung auf der L/R-Achse:			
– Selbsteinstufung	–0.34 (–19.51/7030)	–0.26 (–10.63/3532)	–0.41 (–10.95/1785)
– Parteiidentifikation	–0.24 (–20.28/15706)	–0.29 (–13.72/4748)	–0.40 (–11.95/2236)
Einstufung auf PM/M-Achse	0.25 (11.19/7276)	0.25 (7.79/3195)	0.20 (4.92/2431)
Konfliktivität der Vorlage	0.23 (23.23/26347)	0.17 ² (8.82/7979)	0.35 ³ (9.00/3688)
Wirtschaftslage (Inflation)	–0.00 (–0.11/26347)	–0.12 ⁴ (–6.10/7979)	0.23 ⁵ (6.66/3688)

Anmerkungen

- 1 Gamma = Anzahl übereinstimmende Paare-Anzahl nicht übereinstimmenden Paare/Gesamtanzahl der Paare
- 2 Kendall's Tau-c: 0.10
- 3 Kendall's Tau-c: 0.11
- 4 Kendall's Tau-c: –0.07
- 5 Kendall's Tau-c: 0.10

Die anderen Hypothesen bestätigen sich ebenso, auch wenn die Zusammenhänge meist nur schwach sind. Die französisch- und die italienischsprachige Schweiz stehen dabei gesamthaft eher mehr in Opposition zum Bundesrat als die allemannische Mehrheit. Dies ist jedoch umgekehrt in Wertkonflikten. Die Treue der sprachlichen Minderheiten gegenüber den politischen Behörden in Umweltfragen ist ein Indiz mehr dafür, dass die „neue“ Politik in den verschiedenen politischen Kulturen unterschiedliches Gewicht hat. Solche Differenzen nach Abstimmungsart zeigen sich auch beim Einfluss von sozioökonomischen Faktoren. So sind wenig bemittelte Stimmbürger und der untere Mittelstand in Umverteilungskonflikten eher in der Opposition zu finden als in Wertkonflikten. Die Beziehung zwischen dem Informationsgrad und dem Abstimmungsverhalten widerspricht ferner den Vermutungen, wie sie im Rahmen der verschiedenen Ansätze angestellt werden. Demnach betreiben vor allem schlecht informierte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger Opposition gegenüber dem Bundesrat.

Determinanten der Abstimmungsteilnahme: Umgekehrt ist der subjektive Informationsstand der stärkste aller Faktoren, die den Teilnahmeentscheid beeinflussen (Tabelle 4). Dies kann als eine Bestätigung der politökonomischen Hypothese gesehen werden, wonach der rationale Stimmbürger nicht an einem Urnengang teilnimmt, wenn die Informationskosten hoch sind. Allerdings scheint es nötig, gleichzeitig auf kulturelle und soziale Wurzeln der Unsicherheit hinzuweisen. So beträgt der Gammakoeffizient für die Beziehung zwischen dem Bildungsstand und dem Informationsstand 0.23 (t-Wert: 27.20, n=42808), und für die Assoziation mit dem Lebensstandard nimmt das gleiche Mass einen Wert von 0.15 an (t-Wert: 17.27, n=42146). In diesem Lichte überrascht es wenig, dass die Partizipation weitgehend vom Bildungsstand und dem sozioökonomischen Status der Befragten beeinflusst ist. Es bestätigt sich ferner, dass die Abstimmungsteilnahme in der deutschsprachigen Schweiz weiterhin ein bisschen selbstverständlicher ist. Ferner besteht für diese Dimension des Abstimmungsverhaltens eine Geschlechterdifferenz. Auf das ganze Sample bezogen bezeichneten sich 52.2 Prozent der Frauen als Teilnehmerinnen, während 61.7 Prozent aller befragten Männer an der jeweiligen Abstimmung partizipiert haben wollen. Wenn sich die Untersuchung auf alle Abstimmungen bezieht, wirken sich die Makrofaktoren Elitenkonfliktivität und Inflation nicht aus.

Wie beim Oppositionsverhalten bestehen je nach Konfliktart unterschiedliche Mobilisierungsmuster. Ein Wertkonflikt spricht beispielsweise die gut gebildeten Befragten eher an als ein Umverteilungskonflikt. Die Inflationsrate hat einen negativen Einfluss auf die Mobilisierung in Umverteilungskonflikten. Dabei ist jedoch in Erinnerung zu rufen, dass sich die Untersuchung auf sehr wenige Abstimmungen mit redistributivem Charakter bezieht. Wenig über-

Tabelle 4

Bivariate Überprüfung der Erklärungen zur Abstimmungsteilnahme in der Schweiz: Stärke des Zusammenhanges (Gamma¹), in Klammern t–Werte und Zahl der Fälle

Gesamtes Sample	<i>Variable (Indikator)/Aggregationsniveau</i>		
	Wert- konflikte	Umverteilungs- konflikte	
Sozioökonomischer Status			
– Lebensstandard	0.22 (29.26/49160)	0.21 (15.09/14246)	0.23 (10.87/6374)
– Berufliche Stellung	0.15 (10.39/11657)	0.14 (7.07/5580)	0.13 (2.83/1168)
Alter	–0.18 (–27.55/49355)	–0.16 (–13.40/14439)	–0.19 (–10.81/6414)
Geschlecht	0.19 (21.48/50152)	0.23 (14.47/14537)	0.21 (8.29/6466)
Bildungsniveau	–0.27 (–36.13/49864)	–0.31 (–22.08/14450)	–0.21 (–9.88/6439)
Zugehörigkeit Minderheit	–0.22 (–21.27/50089)	–0.26 (–14.18/14502)	–0.10 (–3.40/6454)
Informationsstand	0.33 (32.78/42697)	0.38 (21.39/12944)	0.33 (11.80/5896)
Subjektive Betroffenheit	–0.25 (–34.34/42748)	–0.29 (23.34/13235)	–0.25 (–12.84/5880)
Einstufung auf der L/R-Achse			
– Selbsteinstufung	–0.06 (–4.42/11450)	–0.03 (–1.41/5911)	–0.10 (–3.17/2568)
– Parteiidentifikation	–0.03 (–2.78/25498)	0.01 (0.56/7334)	–0.16 (–5.91/3467)
Einstufung auf PM/M-Achse			
Einstufung auf PM/M-Achse	–0.14 (–8.55/12768)	–0.19 (–7.86/5773)	–0.07 (–2.11/4039)
Konfliktivität der Vorlage	0.02 (2.94/50188)	0.072 ² (4.81/6085)	–0.02 ³ (–0.69/2539)
Wirtschaftslage (Inflation)	0.08 (10.80/50188)	0.03 ⁴ (2.72/14545)	0.34 ⁵ (14.57/6469)

Anmerkungen:

- 1 Gamma = Anzahl übereinstimmende Paare-Anzahl nicht übereinstimmenden Paare/Gesamtanzahl der Paare
- 2 Kendall's Tau-c: 0.04
- 3 Kendall's Tau-c: –0.01
- 4 Kendall's Tau-c: 0.02
- 5 Kendall's Tau-c: 0.18

raschend ist schliesslich, dass Postmaterialisten gerade an Abstimmungen zu Wertkonflikten teilnehmen.

Multivariate Modelle: Für die von den Theorien postulierten Zusammenhänge ist im folgenden zusätzlich überprüft, ob sie in weitergehenden Tests bestehen können. Aus diesem Grund bilden wir loglineare Modelle für die verschiedenen Ansätze. Dieses statistische Verfahren eignet sich für die multivariate Analyse nominal- oder ordinalskalierten Daten. Loglineare Analysen eignen sich besonders für die explorative Datenanalyse.⁹ Sie erlauben es aufgrund von statistischen Gesichtspunkten, gewisse Zusammenhänge als wenig plausibel auszuschneiden. Dabei überprüfen wir aufgrund von Y^2 , ob ein Modell zu den Daten passt. Es handelt sich bei Y^2 um ein Chi Quadrat Mass, das asymptotisch verteilt ist.

Unsere Analysen beginnen jeweils mit dem allgemeinsten Modell, wobei wir aus Gründen der Übersichtlichkeit jeweils nur das letzte noch gültige Modell aufführen. Dabei besteht natürlich ein Ermessensspielraum darin, was noch akzeptierbar ist. Angesichts der hohen Fallzahlen gehen wir oft unter die Signifikanzschwelle von fünf Prozent, und zwar deshalb, weil die Suche nach theoretisch einfachen Modellen im Vordergrund unserer Bestrebungen steht.

Für den soziologischen Ansatz (Tabelle 5) zeigt es sich dabei zunächst, dass der Sprachgegensatz in der Gesamtanalyse nur einen direkten Einfluss auf das Partizipationsverhalten ausübt. Es trifft mit anderen Worten nicht zu, dass sich die französisch und italienisch sprechenden Minderheiten generell auf Oppositionskurs zu „Bern“ befänden. Dabei ist zu betonen, dass sich hier je nach Politikbereich natürlich wieder andere Konstellationen ergeben können. Weniger eindeutig sind die Resultate für die politökonomischen Hypothesen (Tabelle 6). Es erweist sich aber erneut, dass der Informationsstand und die Elitenkonfliktivität das Oppositionsverhalten wie auch den Teilnahmeentscheid beeinflussen. Makropolitische Faktoren sind demnach nicht zu vernachlässigen.

Für die Erklärungsversuche, die Werthaltungen in den Vordergrund stellen, wählten wir ein schrittweises Verfahren. So prüften wir für verschiedene unabhängige Variablen, ob sie sich gegenüber drei starken Einflussfaktoren (Alter, Bildung, Einstufung auf der Links/Rechts-Achse) behaupten können. Für die Zuordnung entlang des Konfliktes zwischen Rechts und Links benutzten wir dabei den Indikator zu den Parteisymphathien. Tabelle 7 zeigt dabei zunächst,

9 Ein Ausbau unserer Studie ist geplant. Es ist sehr wahrscheinlich, dass wir nach diesem ersten Evaluationsschritt auf eine mehr rigorose Weise Modelle bilden werden, für deren Überprüfung sich vor allem auch mehr konfirmatorische Verfahren wie Logit- und Probit-Modelle verwenden lassen.

Tabelle 5
Multivariate Analyse der soziologischen Hypothesen zum Oppositions-
verhalten und zur Abstimmungsteilnahme (log-lineare Analyse)

	χ^2	df	p	n
<i>Modell für O, S, I, L:</i>				
SL, LI, OS, OI, SI	47.8	24	<.003	25772
<i>Modell für B, S, L, I:</i>				
BSL, BSI, BLI	32.5	12	<.001	49078

Anmerkungen:

- O Opposition/Keine Opposition im Abstimmungsverhalten
- B Beteiligung
- S Lebensstandardklasse
- L Landesteil (Deutschschweiz/Westschweiz, Tessin)
- I Wirtschaftslage (Inflationsrate)

Tabelle 6
Multivariate Analyse der politökonomischen Hypothesen zum Oppositions-
verhalten und zur Abstimmungsteilnahme (log-lineare Analyse)

	χ^2	df	p	n
<i>Modell für O, I, K, N</i>				
ONK, OIN, OKI, NKI	14.2	4	<.007	24992
<i>Modell für B, I, K, N</i>				
BNI, BKI, NKI	11.0	6	<.087	42697

Anmerkungen:

- O Opposition im Abstimmungsverhalten
- B Beteiligung
- N Informationsschwierigkeiten
- K Konfliktivität
- I Wirtschaftslage (Inflationsrate)

dass der Unterteilung in „Materialisten“, „Postmaterialisten“ und „Mischtypen“ eine geringere Bedeutung zukommt als der herkömmlichen Kategorisierung entlang der Links/Rechts-Achse. Dies gilt jedoch nicht für Wertkonflikte, wo-

bei wir auf die Darstellung der Resultate für einzelne Abstimmungstypen verzichtet haben. Das Gleiche lässt sich für die subjektive Betroffenheit sagen. Dieses Konstrukt ist zwar in der Analyse aller Abstimmungen nicht direkt mit dem Oppositionsverhalten verbunden; für Wertkonflikte ist jedoch ein solcher Effekt vorhanden. Während die unterschiedliche „politische Kultur“ der verschiedenen Sprachgruppen ebenfalls nicht mit der Zustimmung zur Politik des Bundesrates verbunden ist, kommt diesem Faktor wenigstens in Umverteilungskonflikten eine unvermittelte Bedeutung zu. Die subjektiven Informationsschwierigkeiten hingegen haben in der hochaggregierten Analyse eine direkte Auswirkung auf das Verhalten an der Abstimmungsurne. Einzig bei Abstimmungen mit stark redistributivem Charakter fällt dieser Zusammenhang weg. Bei der Frage der Beteiligung an einer Abstimmung kann für drei Fälle kein einfacheres Modell gefunden werden. Es ist deshalb davon auszugehen, dass in diesen Fällen die jeweilige Fünf-Weg-Interaktion eine Rolle spielt. Dies gilt jedoch wiederum nicht für die Analyse gewisser anderer Interaktionen auf tieferem Aggregationsniveau.

Evaluation der drei Ansätze: Aufgrund dieser Resultate lässt sich nun festhalten, welchem Ansatz insgesamt die grösste Erklärungskraft zukommt. Wir verzichten in diesem abschliessenden Arbeitsschritt auf eine quantitative Evaluation, da die drei Ansätze unterschiedlich rigoros in der Herleitung der Hypothesen sind. Dies gilt vor allem für den Ansatz, der in der Politikwissenschaft verbreitet ist. Dennoch zeigt es sich, dass sich Werthaltungen vor allem für das Oppositionsverhalten fruchtbar machen lassen. Dabei fragt es sich allerdings, ob sich Vertreter dieses Ansatzes nicht allzu stark auf postmaterialistische Orientierungen fixieren: Weiterhin scheint die Links-Rechts-Achse nämlich der Angelpunkt der Schweizer Politik zu sein. Zudem dürften andere Werthaltungen – Isolationismus versus Universalismus; Individualismus und Kollektivismus – in Zukunft noch an Bedeutung gewinnen, so dass das grosse Gewicht der Kategorien von Inglehart den Blick auf feinere Zusammenhänge verbaut.

Soziologische Ansätze wiederum eignen sich weniger, um das Oppositionsverhalten zu erklären. Die Zustimmung zu den Vorschlägen der politischen Behörden ist demnach nicht mehr in jenem Ausmass auf die Schichtzugehörigkeit der Befragten zurückzuführen, wie dies noch zu Zeiten ausgeprägter sozialer Spannungen der Fall war. Vielleicht empfiehlt es sich deshalb aber auch, den soziökonomischen Status künftig anders einzufangen.

Der Rational Choice-Ansatz wiederum schnitt am schlechtesten ab; einzig für die Beziehung zwischen den Abstimmungsparolen und dem Oppositionsverhalten konnte allgemein jene Beziehung etabliert werden, die diese theoretische Strömung suggeriert. Die ökonomischen Grundlagen der Schweizer Abstim-

mungsentscheide hingegen scheinen bedeutend komplizierter zu sein, als von den Politökonomen vermutet. So beeinflusst die Inflationsrate nur das Verhalten der Stimmenden, wenn diese über eine Vorlage mit ausgeprägten Umverteilungsaspekten entscheiden können.

Tabelle 7

Multivariate Analyse der Hypothesen zum Einfluss von Werthaltungen auf das Oppositionsverhalten und die Abstimmungsteilnahme (log-lineare Analyse)

	χ^2	df	p	n
<i>Modelle für O, A, E, P, M</i>				
AEPM, OPM, OEP	186.9	240	<.995	4078
<i>Modell für B, A, E, P, M</i>				
BAEP, BAEM, BAPM, BEPM, AEPM	109.0	80	<.017	6037
<i>Modell für O, A, E, P, C</i>				
AEPC, OAP, OPC	531.1	396	<.000	14429
<i>Modell für B, A, E, P, C</i>				
BAEPC	0.0	0	1.000	22272
<i>Modell für O, A, E, P, L</i>				
AEPL, OAP, OEP	185.6	138	<.004	15358
<i>Modell für B, A, E, P, L</i>				
BAEPL	0.0	0	1.000	22272
<i>Modell für O, A, E, P, N</i>				
AEPN, OAP, OEP, OPN	185.1	132	<.002	14649
<i>Modell für B, A, E, P, N</i>				
BAEPN	0.0	0	1.000	22236

Anmerkungen:

- O Opposition im Abstimmungsverhalten
- B Beteiligung
- A Alter
- E Bildungsniveau
- P Parteisympathie
- M Materialismus/Postmaterialismus
- C Betroffenheit
- L Landesteil
- N Informationsschwierigkeiten
- K Konfliktivität

7. Zusammenfassung

In diesem Beitrag haben wir gezeigt, dass unterschiedliche theoretische Ansätze herangezogen werden müssen, um die zwei wesentlichen Dimensionen des Abstimmungsverhaltens zu erklären. So ist die Teilnahme an einem Urnengang weitgehend davon abhängig, ob die Befragten das jeweilige Abstimmungsthema als leicht durchschaubar empfinden. Ferner beeinflussen vor allem der Bildungsstand sowie soziale Faktoren, ob die Stimmberechtigten bei den direktdemokratischen Ausmachungen teilnehmen. Umgekehrt ist die Opposition zur Landesregierung weitgehend von den Werthaltungen der Befragten abhängig. Dabei ist vor allem der Links/Rechts-Konflikt erklärungskräftig.

Diese Resultate zeigen, dass sich soziologische Ansätze vor allem für die Analyse der Stimmabstinenz eignen, während sich für das Stimmverhalten vor allem die Prädiktoren jener Forschungsrichtung behaupten, welche Werthaltungen als Prädiktoren fördert. Die bis jetzt für die Schweiz durchgeführten Rational Choice-Untersuchungen sind hingegen wenig hilfreich. Sie stützen sich fast ausschliesslich auf die Forschungen über repräsentative Demokratien und unterscheiden für die Messung der Regierungspopularität etwa nicht, ob die Stimmenden Ja zu einem Referendum oder zu einer Initiative sagen.

Dennoch scheint es denkbar, dass es in Zukunft vermehrt zu einer Konvergenz der theoretischen Perspektiven kommt. Die eingeschränkte Bedeutung gewisser politökonomischer Postulate bedeutet ohnehin keine generelle Absage an diesen Forschungszweig. Die empirische Überprüfung neuer spieltheoretischer Postulate (Lupia 1992, Gerber und Lupia 1992) könnte erhellen, warum der Informationsgrad eine entscheidende Rolle im Oppositionverhalten spielt. Generell scheint es notwendig, den Zusammenhang zwischen strategischen Entscheidungen und sozialer Schichtung genauer auszuleuchten. Dabei wäre auch darauf zu achten, dass verfeinerte Indikatoren zur Messung von Informationskosten entwickelt werden. Ferner empfiehlt es sich, die Kombination von Aggregat- und Individualdaten noch verstärkt zu berücksichtigen.

Angeichts der in diesem Aufsatz präsentierten empirischen Evidenz ist es wohl angezeigt, in Zukunft von Primatsvorstellungen Abschied zu nehmen, wie immer auch die Ansprüche einer einzelnen Theorie gelagert seien. Natürlich beeinflussen sowohl Werthaltungen wie auch sozioökonomische Faktoren die Abstimmungsentscheide. Die interessante Frage ist nur, wann und in welchem Ausmass sie dies tun.

Anhang: Die Vox-Datenbank

In diesem Anhang informieren wir kurz über die Vox-Datenbank, in der seit 1991 die seit 1981 durchgeführten Nachbefragungen zu eidgenössischen Urnengängen zusammengefasst sind (Tabelle 8). Wir haben diese Daten recodiert und dabei vor allem versucht, die Indikatoren zusammenzufassen. Dieses Unterfangen stösst insofern an Grenzen, als im Laufe der Zeit unterschiedliche Konzepte verwendet wurden und auch die Formulierung gewisser Standardfragen sich über die Zeit hinweg teilweise verändert hat. Die nachfolgende Übersicht berücksichtigt auch, ob eine Abstimmung zu einem Wert- oder Abstimmungskonflikt gehört.

Tabelle 8

Die in der Untersuchung berücksichtigten Abstimmungen: Datum und Thema der Abstimmung, Grösse des Samples, Zustimmung und Teilnahme in Prozenten (Vox-Zustimmung und -Teilnahme in Klammern)

Datum	Thema	Grösse des Samples	Zustimmung in %	Teilnahme in %
14.6.1981	Gleiche Rechte für Mann und Frau	684	60.3 (71.4)	33.9 (49.6)
	Konsumentenschutz	684	65.5 (76.7)	33.9 (49.6)
29.11.1981	Finanzordnung ²	697	69.0 (80.1)	30.4 (45.6)
28.11.1982	Preisüberwachung	705	56.1 (65.2)	32.1 (47.1)
	Gegenvorschlag	705	21.6 (16.6)	32.9 (47.1)
27.2.1983	Neuregelung Treibstoffzölle ¹	705	52.7 (59.5)	32.4 (46.7)
	Energieartikel ¹	705	50.9 (44.7)	32.4 (46.7)
26.2.1984	Schwerverkehrsabgabe	706	58.7 (57.6)	52.8 (61.5)
	Autobahnvignette	706	53.0 (55.0)	52.8 (61.5)
	Zivildienstinitiative	706	36.2 (41.4)	52.8 (61.5)
20.5.1984	Bankeninitiative	694	27.0 (28.9)	42.5 (55.0)
	Initiative Ausverkauf der Heimat	694	48.9 (48.2)	42.5 (55.0)
23.9.1984	Energie-Initiative ¹	712	45.8 (46.2)	41.6 (57.2)
	Atom-Initiative ¹	712	45.0 (45.2)	41.7 (57.2)
2.12.1984	Mutterschaftsinitiative	692	15.8 (24.7)	37.6 (55.2)
	Radio/Fernseh-Artikel	692	68.7 (83.2)	37.5 (55.2)
	Hilfe bei Gewaltverbrechen	692	82.1 (93.7)	37.6 (55.2)

(Fortsetzung Tabelle 8)

10.3.1985	Ferien-Initiative ²	690	34.8 (38.4)	34.6 (51.4)
	Aufhebung Primarschulbeiträge	690	58.5 (58.4)	34.4 (51.4)
	Aufhebung Gesundheitsbeiträge	690	53.0 (57.4)	34.4 (51.4)
	Aufhebung Ausbildungsbeiträge	690	47.6 (40.6)	34.4 (51.4)
9.6.1985	Volksinitiative „Recht auf Leben“	701	31.0 (26.8)	35.7 (53.4)
	Kantonsanteil Stempelabgaben	701	66.5 (74.5)	35.2 (53.4)
	Neuverteilung Alkoholabgabe	701	72.3 (77.6)	35.2 (53.4)
	Selbstversorgung Brotgetreide	701	57.0 (66.8)	35.3 (53.4)
22.9.1985	Schuljahresbeginn	695	58.8 (70.9)	41.0 (56.4)
	Innovationsrisikogarantie	695	43.1 (43.8)	40.9 (56.4)
	Neues Ehe- und Erbrecht	695	54.7 (66.1)	41.1 (56.4)
1.12.1985	Initiative gegen Vivisektion	692	29.5 (33.4)	38.0 (54.3)
16.3.1986	UNO-Beitritt	677	24.3 (28.4)	50.7 (67.5)
28.9.1986	Kulturinitiative	697	18.1 (31.7)	34.7 (51.0)
	Gegenvorschlag Kulturinitiative	697	39.3 (27.9)	34.7 (51.0)
	Berufsbildungsinitiative	697	18.4 (25.7)	34.9 (51.0)
	Zuckeranbau	697	38.2 (40.5)	34.8 (51.0)
5.4.1987	Revision Asylgesetz	1001	67.4 (67.4)	42.4 (57.7)
	Revision Ausländergesetz	1001	65.7 (66.5)	42.4 (57.7)
	Rüstungsreferendum	1001	40.6 (41.8)	42.4 (57.7)
	Verfahren bei doppelten Ja	1001	63.6 (79.0)	42.4 (57.7)
6.12.1987	„Bahn 2000“ ¹	1014	57.0 (72.9)	47.0 (66.9)
	Revision Krankenversicherung	1014	28.7 (34.4)	47.0 (66.9)
	Rothenthurm-Initiative ¹	1014	57.9 (68.5)	47.0 (66.9)
12.6.1988	Koordinierte Verkehrspolitik ¹	1067	45.5 (52.2)	41.4 (60.8)
	Initiative Reduktion AHV-Alter ²	1067	35.1 (31.9)	41.4 (60.8)
4.12.1988	Stadt/Land-Initiative ²	1020	30.8 (31.5)	52.3 (69.8)
	Arbeitszeitinitiative ²	1020	34.2 (31.0)	52.3 (69.8)
	Initiative Einwanderungsgrenzen ²	1020	32.7 (22.4)	52.3 (69.8)
4.6.1989	Kleinbauern-Initiative ¹	1013	49.0 (56.2)	35.2 (55.5)
26.11.1989	Initiative „Pro-Tempo 130/110“ ¹	961	35.6 (30.2)	69.6 (81.4)
	Armeeabschaffungsinitiative	961	38.0 (36.9)	68.6 (81.4)
1.4.1990	Initiative „Stopp dem Beton“ ¹	998	28.5 (29.4)	40.5 (56.5)
	Kleeblatt-Initiative ¹	998	32.7 (35.9)	40.5 (56.5)
	Rebbaubeschluss	998	46.7 (40.6)	40.5 (56.5)
	Bundesrechtspflege	998	47.4 (35.4)	40.5 (56.5)

(Fortsetzung Tabelle 8)

23.9.1990	Ausstieg aus Atomenergie ¹	959	47.1 (54.2)	39.2 (57.3)
	Moratoriumsinitiative ¹	959	54.6 (69.3)	39.2 (57.3)
	Energieartikel ¹	959	71.0 (78.3)	39.2 (57.3)
	Strassenverkehrsgesetz ¹	959	52.8 (49.7)	39.2 (57.3)
3.3.1991	Stimm- und Wahlrecht 18	1034	72.8 (85.0)	30.8 (43.2)
	Initiative „Öffentlicher Verkehr“ ¹	1034	37.1 (40.2)	30.8 (43.2)
2.6.1991	Bundesfinanzordnung ²	1006	45.7 (43.2)	32.6 (49.6)
	Revision Militärstrafrecht	1006	55.7 (60.6)	32.6 (49.6)

Anmerkungen:

1 Wertkonflikte

2 Umverteilungskonflikte

LITERATURVERZEICHNIS:

- Birnbaum, Pierre und Jean Leca (1986), *Sur l'individualisme*, Théories et méthodes, Presses de la fondation nationale des sciences politiques, Paris.
- Downs, Anthony (1957), *An Economic Theory of Democracy*, Harper and Row, New York.
- Gerber, Elisabeth und Arthur Lupia (1992), *Competitive Campaigns and the Responsiveness of Direct Legislation: Theory and Evidence*, Paper presented at the Annual Meeting of the American Political Science Association.
- Gruner, Erich und Hans Peter Hertig (1983), *Der Stimmbürger und die „neue“ Politik*, Haupt, Bern.
- Gruner, Erich (1987), Die direkte Demokratie in der Bewährungsprobe, *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 27, 283–313.
- Frey, Bruno S. (1991), Forms of Expressing Economic Discontent in Norpoth, Helmut et al. Eds., *Economics and Politics. The Calculus of Support*, University of Michigan Press, Ann Arbor, 267–280.
- Hug, Simon (1991), *La cohésion des partis fédéraux dans la phase référendaire*, unveröffentlichtes Manuskript, Universität Genf.
- Inglehart, Ronald (1977), *The Silent Revolution*, Princeton University Press, Princeton.
- Inglehart, Ronald (1989), *Kultureller Umbruch*, Wertwandel in der westlichen Welt, Campus, Frankfurt.
- Jones, K., R. J. Johnston and C. J. Pattie (1992), People, Places and Regions: Exploring the Use of Multi-Level Modelling in the Analysis of Electoral Data, *British Journal of Political Science* 22: 343–380.
- Linder, Wolf, Claude Longchamp und Regula Stämpfli (1991), *Politische Kultur der Schweiz im Wandel – am Beispiel des selektiven Urnengangs*, Bern: Schweizerischer Nationalfonds (Nationales Forschungsprogramm 21, Reihe: Kurzfassungen der Projekte).
- Lupia, Arthur (1992), Busy Voter Agenda Control and the Power of Information, *American Political Science Review* 86: 390–403.
- Meier Dallach, Hans Peter und Rolf Nef (1987), Values and Identities in Switzerland: Regional Disparities and Socio-Economic Cleavages, *International Political Science Review* 8: 319–332.

- Nef, Rolf und Moritz Rosenmund (1984), Das energiepolitische Plebiszit vom 23. September zwischen Entwicklungserwartung und Wachstumskritik, *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 14: 199–224.
- Nef, Rolf (1979), Bundesabstimmungen 1950–1977. Eine Untersuchung über politische, gesellschaftliche und kulturelle Verhaltensmuster, *Bulletin des Soziologischen Instituts der Universität Zürich*, Nr. 37 (Dez. 1979).
- Nef, Rolf (1989), Armeeabschaffungs-Initiative: Soyons realistes, demandons l'impossible, *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 19: 545–582.
- Neidhart, Leonhard, Jean-Pierre Hoby (1977), *Ursachen der gegenwärtigen Stimmabstinenz in der Schweiz*, Zürich 1977.
- Opp, Karl-Dieter und Reinhard Wippler (Hrsg.) 1990, *Empirischer Theorienvergleich*, Erklärungen sozialen Verhaltens in Problemsituationen, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Palfrey, Thomas and Howard Rosenthal (1985), Voter Participation and Strategic Uncertainty, *American Political Science Review* 79: 62–78.
- Papadopoulos, Yannis (1992), *Conflit et Consensus dans le systeme de partis et la société*, Manuskript, Universität Lausanne.
- Riker, William H. und Peter C. Ordeshook (1968), The Calculus of Voting, *American Political Science Review* 62: 25–42.
- Riklin, Alois und Roland Kley (1981), *Stimmabstinenz und direkte Demokratie*, Bern.
- Romer, Thomas and Howard Rosenthal (1979), Bureaucrats versus Voters: On the Political Economy of Resource Allocation by Direct Democracy, *Quarterly Journal of Economics* 93: 563–587.
- Scarborough, Elinor (1991), „Micro- und macro analysis of elections, *European Journal of Political Research* 19: 361–365.
- Schneider, Friedrich (1985), *Der Einfluss von Interessengruppen auf die Wirtschaftspolitik*, Eine empirische Untersuchung für die Schweiz, Bern und Stuttgart: Paul Haupt.
- Schneider, Friedrich, Werner W. Pommerehne und Bruno S. Frey (1981), Politico-Economic Interdependence in a Direct Democracy: The Case of Switzerland. In Douglas A. Hibbs, jr. and H. Fassbender Ed., *Contemporary Political Economy*, Amsterdam: North-Holland, S. 231–248.
- Stämpfli, Regula und Claude Longchamp (1991), Wie wird die Zukunft weiblich? Frauenförderung bei Wahlen und darüber hinaus: Bestandesaufnahme und Strategieformulierungen, *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 1990.
- Tsebelis, George (1990), *Nested Games*, Rational Choice in Comparative Politics, Berkley und Los Angeles, University of California Press.
- Van Deth, Jan W. und Peter A. T. M. Geurts (1989), Value Orientation, left-right placement and voting, *European Journal of Political Research* 17: 17–34.
- Weck-Hannemann, Hannelore (1990), Protectionism in Direct Democracy, *Journal of Institutional and Theoretical Economics/Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 146: 389–418.
- Widmer, Thomas und Christof Buri (1992), Brüssel oder Bern: Schlägt das Herz der „Romands“ eher für Europa? *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 32: 363–387.

Adresse der Verfasser:

Christof Buri, Moosbachweg 13, CH-6300 Zug
Gerald Schneider, IUHEI
11A, avenue de la paix, CH-1202 Geneve

